



*Netzwerk Demokratiebildung und politische Bildung: „Demokratiebildung und politische Bildung“, Baden-Baden Nomos 2026, 310 Seiten*

Mit dem Buch „Demokratiebildung und politische Bildung“ legt das DFG-Netzwerk zur Bestimmung des Verhältnisses von Demokratiebildung und politischer Bildung die

Ergebnisse eines mehrjährigen interdisziplinären Austauschs vor. Bereits darin liegt eine besondere Stärke des Bandes. Werden die Debatten um Demokratiebildung und politische Bildung häufig innerhalb einzelner Professionen geführt, versammelt der Band Perspektiven aus Sozialpädagogik, Erziehungswissenschaft, politischer Bildung und politischer Theorie und bringt diese systematisch miteinander ins Gespräch. Daraus ergibt sich eine lesenswerte Rekonstruktion unterschiedlicher Begriffsverständnisse, begrifflicher Neuordnungen und Traditionslinien in ihren historischen und konzeptionellen Spannungen. Nachvollziehbar erscheint auch die daran anknüpfende Kritik an einem gegenwärtig inflationären Gebrauch des Demokratiebildungsbegriffs und die Sensibilisierung für die Gefahr einer dadurch entstehenden Konzeptdiffusion. Als Antwort darauf beansprucht der Band zwar, Unterschiede, Gemeinsamkeiten und Verhältnisse zwischen beiden Konzepten zu untersuchen, die analytische Energie fließt jedoch deutlich stärker in die Herausarbeitung von Differenzen als in die Untersuchung von Gemeinsamkeiten oder Wechselwirkungen. Das ist zunächst einleuchtend, da die Autor\*innen gerade der verbreiteten Gleichsetzung beider Begriffe entgegenwirken möchten. Fraglich bleibt allerdings, ob die vorgeschlagene Differenzierung tatsächlich die Trennschärfe erreicht, die sie beansprucht.

Die Unterscheidung erscheint nämlich vor allem dann plausibel, wenn politische Bildung vergleichsweise eng über die Auseinandersetzung mit

politischen Gegenständen, Konflikten und Urteilsbildungsprozessen bestimmt wird. Aus politikdidaktischer Perspektive stellt sich jedoch die Frage, ob dem nicht ein verkürztes Verständnis politischer Bildung zugrunde liegt. Zum einen blendet das skizzierte Modell ihre normative Setzung aus, zum anderen werden Partizipation, Anerkennung oder die Gestaltung demokratischer Lernverhältnisse in weiten Teilen des Diskurses nicht als bloße Ergänzung, sondern per se als integrale Bestandteile guter politischer Bildung verstanden. Besonders deutlich wird diese Spannung in den empirischen Kapiteln des Bandes. Die Analysen von Schule, offener Kinder- und Jugendarbeit oder Jugendstrafvollzug veranschaulichen die theoretischen Überlegungen entlang der Praxisfelder, zeigen jedoch dabei immer wieder, wie eng Demokratiebildung und politische Bildung in der Praxis miteinander verflochten sind. Nachvollziehbarerweise enden die Autor\*innen schließlich bei einer heuristischen Verwendung der Begriffe. Demokratiebildung und politische Bildung werden weniger als eindeutig voneinander trennbare Phänomene verstanden, denn als analytische Perspektiven auf pädagogische Prozesse. Diese Wendung kann als Hinweis darauf gelesen werden, dass die empirische Trennschärfe der Konzepte begrenzt ist. Denn wenn die Unterscheidung letztlich vor allem heuristisch funktioniert und die Praxis regelmäßig beide Dimensionen zugleich enthält, worin besteht dann der Erkenntnisgewinn gegenüber einem integrativen Begriff? Insbesondere mit Blick auf die Analyse des Raums Schule beschreiben die Autor\*innen institutionelle Grenzen überzeugender als institutionelle Entwicklungsmöglichkeiten. Die Analyse bestehender Spannungen und Widersprüche ist dabei zweifellos zutreffend. Zugleich stellt sich die Frage, ob nicht stärker in den Fokus rücken sollte, wie sich diese Spannungen produktiv bearbeiten lassen und wie sich demokratische Qualität auch unter nicht-idealen institutionellen Bedingungen weiterentwickeln kann. Vielen Dank an Elisa Moser, Susanne Rentsch und Stefan Breuer für den fachlichen Austausch im Vorfeld dieser Rezension.

*Nele Mai*